

Bundespräsident Ritschard zur Atominitiative = M. Willi Ritschard à propos de l'initiative antinucléaire

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: Article

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des
Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de
l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des
Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **70 (1979)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-905343>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bundespräsident Ritschard zur Atominitiative ¹⁾

M. Willi Ritschard à propos de l'initiative antinucléaire ¹⁾

1. Ausgangslage

Die jüngere Geschichte der Atomenergie ist bekannt. Ende der sechziger Jahre und seither zunehmend ist Atomenergie zum Reizwort geworden. Ihre unleugbaren Gefahren werden von vielen Leuten sofort in apokalyptische Visionen umgesetzt, wegen des grössten nur denkbaren, aber nahezu unmöglichen oder unvorstellbaren Unfalls. Wir erleben eine fast missionarische Auflehnung gegen die industrielle Wohlstandsgesellschaft, wie sie genannt wird. Man wirft uns allen den nackten Materialismus vor, der die menschliche Gesellschaft entleert und verkommen lasse. Das alles wegen der Kernenergie. Sie wird denunziert als das Instrument der menschengefährdenden Profitgier. Die Kernenergie ist also nicht das wirtschaftspolitische Problem geblieben, das sie eigentlich von ihrer Verwendung her wäre. Man hat daraus eine gesellschaftspolitische Krise gemacht oder zumindest zu machen versucht. Das macht natürlich eine sachliche Diskussion über ein Gesetz schwierig. Es gibt zu viel missionarischen Eifer auf der einen Seite. Andere haben für alles eine einfache Lösung, weil sie keine Probleme sehen.



Ich muss immer wieder an die energiewirtschaftlichen Fakten erinnern. Wir benötigen Energie. Wieweit wir Energie sinnvoll verbrauchen, ob sich vermehrt Energie sparen liesse, ob wir mit der Energie, die wir verbrauchen, das Richtige tun und wieviel Energie wir in Zukunft brauchen, darüber denkt man zurzeit gründlich und sehr ernsthaft nach. Die Kommission für die Gesamtenergiekonzeption muss darauf Antworten suchen. Sie muss uns auch die Instrumente vorschlagen und Vorschläge unterbreiten, wie weit wir in unserem Land in Zukunft eine aktive Energiepolitik treiben, wie weit wir auf die Energiewirtschaft Einfluss nehmen sollen. Wir können darüber streiten, ob uns die Welt passt, wie sie durch den grossen Energiekonsum entstanden ist. Das hilft aber nicht weiter. Wir können nicht eine abgelaufene Entwicklung dadurch zurückbuchstabieren, dass wir nun plötzlich keine Energie mehr zur Verfügung stellen.

¹⁾ Auszug aus der Rede vom 19. April 1978 von Bundespräsident Ritschard vor dem Nationalrat über die Revision des Atomgesetzes und die Volksinitiative zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen (Zwischentitel durch die Redaktion).

1. Réflexions générales

L'histoire récente de l'énergie nucléaire est connue. Dès la fin des années soixante et de plus en plus, l'expression «énergie nucléaire» est devenue un motif d'irritation. Les dangers indéniables ont été aussitôt transposés par de nombreuses personnes en visions apocalyptiques, découlant du pire accident concevable, quoiqu'il soit à peu près impossible ou impensable. Nous vivons actuellement une révolte presque fanatique contre la société de prospérité industrielle, comme on la nomme. On nous accuse tous de pur matérialisme, vidant la société humaine de sa substance et causant sa déchéance. Tout cela à cause de l'énergie nucléaire! Elle est dénoncée comme instrument d'une âpreté au gain mettant l'espèce humaine en danger. L'énergie nucléaire n'est donc pas demeurée un problème de politique économique, ce qu'elle aurait dû rester en considérant son utilisation. On en a fait ou on essaye en tout cas d'en faire une crise socio-politique. Cela rend évidemment difficile toute discussion objective d'une loi. Il y a trop de préjugé, trop d'idéologie et aussi trop de zèle missionnaire d'un côté. D'autres ont une solution simple pour tout, parce qu'ils n'y voient aucun problème.

Je dois toujours rappeler les principes de l'économie énergétique. Nous avons besoin d'énergie. On étudie actuellement – et de façon très sérieuse – si et dans quelle mesure nous utilisons l'énergie de façon rationnelle, si davantage d'énergie pourrait être économisée, si nous utilisons l'énergie à de bonnes fins, et de combien d'énergie nous aurons besoin dans le futur. La commission pour la conception globale de l'énergie doit chercher les réponses à toutes ces questions. Elle doit également nous proposer les moyens à utiliser et nous soumettre des propositions pour déterminer jusqu'à quel point nous devons à l'avenir, dans notre pays, poursuivre une politique énergétique active, et jusqu'à quel point nous devons diriger l'économie énergétique. On peut discuter de la question de savoir si le monde, tel qu'il a été façonné par la grande consommation d'énergie, nous convient. Tout cela ne nous mène pas loin. Nous ne pouvons pas faire reculer une évolution en cessant brusquement de produire de l'énergie.

2. Dépendance vis-à-vis du pétrole et solutions de remplacement

On a parlé de la dépendance unilatérale du pétrole. Tout le monde est d'accord que nous devons nous libérer de cette dangereuse dépendance. Mais ce n'est pas seulement cette dépendance qui constitue notre principal souci. La quantité de pétrole est limitée. Les sources de pétrole ne se régénèrent jamais. Personne ne sait exactement pour quelle durée et en quelle quantité le pétrole existe encore sur cette terre. Il y a de nombreuses estimations. La différence entre les pronostics pessimistes et

¹⁾ Extrait du discours devant le Conseil national par M. Willi Ritschard, Président de la Confédération, lors du débat sur l'énergie nucléaire le 19 avril 1978 (sous-titres ajoutés par la rédaction).

2. Erdölabhängigkeit und Alternativmöglichkeiten

Es ist von der einseitigen Erdölabhängigkeit gesprochen worden. Es besteht Einigkeit darüber, dass wir uns von dieser gefährlichen Einseitigkeit lösen müssen. Aber nicht allein diese Einseitigkeit ist unsere Hauptsorge. Erdöl ist endlich, Erdöl wächst nie mehr nach. Niemand weiss genau, wie lange und wieviel Erdöl es auf der Erde noch gibt. Es existieren viele Prognosen. Der Unterschied zwischen der pessimistischsten und der optimistischsten Prognose beträgt nur ein paar Jahrzehnte. Für die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts ist das Ende des Erdöls eine Sicherheit. Die internationale Energieagentur, bei der wir Mitglied sind, rechnet für die Mitte der achtziger Jahre – in sieben Jahren also – mit Verknappungen. Niemand kann jemand zwingen, an diese Prognosen, an diese Verknappungen zu glauben. Tatsache ist aber – und das müssen wir beachten –, dass alle Industriestaaten, nicht nur des Westens, anfangen, sich auf eine Zeit mit weniger Erdöl einzustellen. Es gibt die bekannten Möglichkeiten: Entweder spart man und braucht weniger Öl und Ölprodukte – aber das nützt natürlich nur so lange, als es überhaupt Öl gibt, nachher hört auch das auf –, oder man ersetzt das Erdöl durch andere Energieträger, oder man macht beides, was wahrscheinlich für eine gewisse Zeit allein gangbar und auch vernünftig ist.

Ich müsste jetzt von Alternativenergien reden: von der Sonne, vom Gas, von der Kohle, vom Holz, vom Biogas, von der Wärmepumpe – das kann ich mir sparen. Die Gesamtenergiekonzeption hat alle diese Alternativen studieren lassen, und es sind Studien darüber veröffentlicht worden und werden weiter veröffentlicht. Wir haben einiges dazu in den Hearings mit den Fachleuten gehört. Niemand soll aber glauben, dass Alternativenergien einfach über Nacht entstehen; für ihre Entwicklung sind trotz wertvollen Pionierleistungen – ich denke an die Sonnenenergie und anderes – zum Teil jahrelange oder sogar jahrzehntelange Forschungsarbeiten und Versuche notwendig. Das gilt auch für die Sonnenenergie, die heute so viel diskutiert wird. Sie wird ohne jeden Zweifel im Ersatz von Erdöl einmal eine wichtige Rolle spielen; aber bis es soweit ist, steht diese Welt nicht still. Die Aussicht auf neue Technologien nützt uns nichts, solange diese neuen Technologien nicht im grösseren Stil nutzbar sind. Ich will auch glauben, dass die Atomenergie nicht die Lösung für alle Zeiten ist; aber auch wenn sie nur einen Übergang darstellt, können wir darauf nicht verzichten. Die Werke, die bereits gebaut sind und die noch gebaut werden oder jetzt im Bau sind, sind vielleicht Übergangslösungen, aber es sind keine Provisorien; wir brauchen alle diese Werke. Ich erwähnte es immer wieder, vielen schwebt ein Nullwachstum vor. Die Wirtschaft brauche nicht mehr zu wachsen, deshalb auch der Energiebedarf nicht. Ich glaube nicht an ein Nullwachstum, halte es nicht für machbar, und noch viel weniger glaube ich daran, dass man zu einem Nullwachstum dadurch käme, dass man weniger Energie zur Verfügung stellen würde. Kein einziges europäisches Land legt sich auf eine solche Politik an, und es wird auch auf diesem Gebiet keinen Sonderfall Schweiz geben.

3. Volkswirtschaftliche Aspekte

Der Energiebedarf wird weiter steigen, aber selbst wenn wir mit der heutigen Menge auskommen, müssen wir langfristig das Öl ersetzen. *Kein Staat, auch wenn er eigenes Öl, eigenes Erdgas besitzt, kommt nach dem heutigen Stand des*

les pronostics optimistes n'est que de quelques décennies. Il est certain qu'au cours de la première moitié du XXI^e siècle, il n'y aura plus de pétrole. L'Agence internationale de l'énergie, dont nous sommes membres, prévoit le début des pénuries pour le milieu des années huitante, soit dans sept ans. Personne ne peut forcer qui que ce soit à croire à ces pronostics, à ces pénuries. Mais le fait est – et nous devons en tenir compte – que tous les pays industriels, et pas seulement ceux de l'Ouest, commencent à s'adapter à une époque où il y aura moins de pétrole. Il existe deux solutions connues: ou bien on économise en employant moins de pétrole ou de ses dérivés – cette méthode n'est évidemment utile que tant qu'il y aura du pétrole, plus tard elle n'aura plus aucune raison d'être – ou on remplace le pétrole par d'autres sources d'énergie, ou encore on combine les deux solutions, ce qui pour un certain temps sera probablement la seule possibilité raisonnable.

Je devrais parler maintenant des énergies de remplacement: du soleil, du gaz, du charbon, du bois, du biogaz, de la pompe à chaleur, mais je pense m'épargner cet effort. La Commission pour la conception globale de l'énergie a déjà fait étudier toutes ces alternatives, des études ont été publiées et seront encore publiées. Nous avons appris différentes choses à ce sujet lors des «hearings» avec les spécialistes. Personne ne doit évidemment s'attendre à ce que ces énergies de remplacement prennent naissance du jour au lendemain; leur développement, malgré les précieux résultats déjà obtenus par les chercheurs – je pense ici à l'énergie solaire et à d'autres sortes d'énergie – exigera encore des années ou même des décennies de recherches et d'essais. Cela vaut aussi pour l'énergie solaire dont on parle tellement aujourd'hui. Elle jouera, un jour, sans aucun doute, un rôle important dans le remplacement du pétrole; mais d'ici là, le monde ne reste pas immobile. La perspective de nouvelles technologies ne nous sert à rien tant que ces nouvelles technologies ne sont pas utilisables à grande échelle. Je suis également prêt à croire que l'énergie nucléaire n'est pas la solution pour toujours; mais même si elle ne représente qu'une transition, nous ne pouvons pas y renoncer. Les centrales déjà construites, celles qui le seront encore ou qui sont en construction sont peut-être des solutions transitoires, mais ce ne sont pas des solutions provisoires; nous avons besoin de chacune d'entre elles. Je rappelle toujours – on en a peu fait mention ici – que beaucoup rêvent à une croissance zéro. Ils pensent que l'économie n'a pas besoin de croître davantage, la demande d'énergie à l'avenant. Je ne crois pas à la croissance zéro, j'estime qu'elle est irréalisable, et je crois encore bien moins qu'on y arriverait en limitant la production d'énergie. Aucun pays européen ne prévoit une telle politique et il n'y aura pas dans ce domaine non plus, un cas particulier suisse.

3. L'économie publique

Les besoins d'énergie continueront à augmenter, mais même si nous pouvions nous contenter de la quantité actuelle disponible, nous devons à longue échéance remplacer le pétrole. *Aucun pays, qu'il possède son propre pétrole, son propre charbon, son propre gaz naturel, ne peut, dans l'état actuel des connaissances, se tirer d'affaire sans utiliser plus ou moins d'énergie nucléaire.* On a parlé de taux d'occupation. Ce n'est pas la construction de centrales nucléaires qui constitue un problème de politique de l'emploi; il serait insensé de construire des choses dont nous n'aurions pas l'emploi. Aucune économie nationale

Wissens ohne mehr oder weniger Atomenergie aus. Von der Beschäftigung ist gesprochen worden. Nicht der Bau von Atomkraftwerken ist ein beschäftigungspolitisches Problem; es wäre widersinnig, Dinge herzustellen, die wir überhaupt nicht brauchen. Einen solchen Verschleiss kann sich keine Volkswirtschaft leisten. Die Gefahr von Arbeitslosigkeit entsteht später, dann nämlich, wenn unsere Industrie mangels Energie den Entwicklungen anderer Industriestaaten nicht mehr folgen kann. Vielleicht kann unsere Exportindustrie dann Energie aus dem Ausland beziehen. Das Ausland verwirklicht seine Atomkraftwerk-Programme. Zurzeit sind in Westeuropa 117 Atomkraftwerke im Bau, in Osteuropa (inkl. Russland) 66. Vielleicht – ich sage vielleicht – verkaufen uns diese Länder Strom, weil wir selber keine Atomkraftwerke wollen; aber dieser Strom wird teurer sein als der, den wir selber herstellen, und das wird – notgedrungen – die Konkurrenzwirtschaft unserer Exportindustrie beeinträchtigen. Daraus würde dann Arbeitslosigkeit entstehen, und ich habe Angst vor einer Arbeitslosigkeit, die nichts mit Konjunktur und nichts mit einem Frankenkurs zu tun hat, sondern die aus einem technologischen Rückstand entstanden ist, der sich dann nur schwer oder wenn, dann nur über lange Strecken hinweg aufholen lässt. Eine solche Krise würde unsere Wirtschaft und den Arbeitnehmer in unserem Lande schwerer treffen als eine – immer auch schmerzliche – Betriebsstilllegung, weil es eben eine strukturelle Frage wäre. Wer mich fragt, ob man es verantworten könne, Atomkraftwerke zu bauen, dem stelle ich mit Blick auf unsere langfristigen Beschäftigungsprobleme die Gegenfrage, ob er es verantworten wolle, keine zu bauen. Das ist die Frage, die wir ihm zu stellen haben.

4. Die Kernenergie-Konfrontation

Ich will von den Gefahren, die der Betrieb von Atomkraftwerken in sich birgt, nicht reden. Ein Atomkraftwerk ist eine gefährliche Anlage, wegen der Abfälle bleibt sie es über Generationen hinweg. Aber in der Welt stehen heute gegen 200 Atomkraftwerke in Betrieb, zum Teil seit Jahren; sie werden heute serienmässig erstellt. Katastrophen, bei denen Menschen durch Strahlung umgekommen wären, gab es noch keine. Man scheint die Technik zu beherrschen, und man wird – das ist meine Hoffnung und mein Glaube – auch für das Abfallproblem Lösungen finden. Wichtig ist für mich die gesetzliche Verankerung der Pflicht zur höchstdenkbaren Sicherheit. Dazu braucht es die staatliche Aufsicht, braucht es das Recht des Staates, einzugreifen, und es braucht die Möglichkeit des Bundes, nicht weiter bewilligen zu müssen, wenn nicht ein Bedarf klar nachgewiesen ist. Ich glaube, dass die Ergänzung des Atomgesetzes diese Bedingungen erfüllt; Bedingungen, die man sinnvollerweise aufstellen muss.

Die Atomkraftwerkgegner haben in diesem Lande eine Diskussion ausgelöst, wie sie kaum je einmal einem anderen Problem zuteil geworden ist. Die Gegner sollen wissen, dass man in diesem Lande die Stimme des Bürgers und die Stimmungen im Volk wahrnimmt. Ich glaube, es ist wichtig, dass sie diese Gewissheit erhalten bzw. wiedererhalten.

Ich könnte einiges erwähnen, was mir an den Gegnern der Atomkraftwerke nicht passt. Auf der anderen Seite kenne ich auch die Klagen verantwortungsbewusster, gewissenhafter und absolut seriöser Atomfachleute. Diese Fachleute mit ihrer schweren Funktion kommen sich bald als Prügelknaben für

ne pourrait se payer un tel gaspillage. Le danger de chômage n'apparaît qu'après, au moment où notre industrie n'est plus en mesure, à cause du manque d'énergie, de suivre le développement des autres Etats industriels. Peut-être que notre industrie d'exportation pourra alors acheter de l'énergie à l'étranger. L'étranger est en train de réaliser ses programmes nucléaires. Actuellement, en Europe de l'Ouest, 117 centrales nucléaires sont en construction, et 66 en Europe de l'Est (inclus la Russie). Peut-être – je dis peut-être – ces pays voudront bien nous vendre du courant, parce que nous-mêmes ne voulons pas de centrales nucléaires; mais ce courant sera plus cher que celui que nous produirons nous-mêmes et cela aurait fatalement comme conséquence de diminuer la capacité de concurrence de notre industrie d'exportation. Du chômage s'ensuivrait et j'ai peur d'un chômage sans rapport avec la conjoncture et sans rapport avec le cours du franc, mais qui résulterait au contraire d'un retard technologique qui ne se laisserait rattraper que difficilement et lentement. Une telle crise toucherait plus gravement notre économie et les ouvriers de notre pays qu'une fermeture d'usine – aussi douloureuse soit-elle – car il s'agirait d'une question de structure. Si l'on me pose la question de savoir s'il est possible de prendre la responsabilité de construire des centrales nucléaires, je répondrais en pensant à nos problèmes concernant l'emploi à longue échéance par la question: peut-on prendre la responsabilité de ne pas en construire? Voilà la question que nous devons nous poser.

4. La confrontation nucléaire

Je ne veux pas parler des dangers inhérents à l'exploitation des centrales nucléaires. Une centrale nucléaire est une installation dangereuse, et à cause des déchets, elle le reste pendant des générations. Mais il y a aujourd'hui sur la terre environ 200 centrales nucléaires en exploitation, certaines depuis des années; elles sont actuellement construites en série. Il ne s'est encore produit aucune catastrophe dans laquelle des personnes auraient trépassé à cause des radiations. Il semble que l'on domine la technique et – c'est là mon espoir et ma conviction – on trouvera également des solutions au problème des déchets. La chose importante pour moi est que l'obligation d'assurer le maximum de sécurité possible et imaginable soit fixée par la loi. Dans ce but, il faut une surveillance par l'Etat, il faut que l'Etat ait le droit d'intervenir, et il faut que la Confédération ait la possibilité de refuser l'autorisation de construire, si la nécessité n'en est pas clairement démontrée. Je suis d'avis que le complément à la loi atomique remplit ces conditions; conditions que la raison nous impose.

Les ennemis des centrales nucléaires ont déclenché dans notre pays une discussion d'une rare intensité. Les opposants doivent savoir que, dans ce pays, on entend la voix du citoyen et que l'on perçoit les mouvements de l'opinion publique. Je crois qu'il est important qu'ils aient cette certitude ou qu'ils la retrouvent.

Je pourrais citer de nombreuses choses que je n'aime pas chez les opposants aux centrales nucléaires. D'autre part je connais aussi les plaintes de spécialistes en énergie atomique assumant leurs responsabilités, consciencieux et absolument sérieux. Ces spécialistes ont, dans leurs fonctions difficiles, de plus en plus l'impression d'être pris à tout propos pour des boucs émissaires. En effet, les préoccupations concernant les centrales nucléaires ne sont pas seulement de nature technique

alles vor. Dabei sind Bedenken gegen Atomkraftwerke nicht nur technischer oder biologischer Natur; in diesem Thema versammeln sich Bedenken gegen unsere Gesellschaft, unsere Politik und auch Bedenken gegen unser Wirtschaftssystem. Die Motivation der Gegner ist nicht einheitlich; aber jeder, der Bedenken hat gegen etwas in unserer Welt, findet sich jetzt in dieser Gegnerschaft gegen die Atomkraftwerke. Er macht jene, die sie bauen oder prüfen im Auftrag des Staates, zu seinen Prügelknaben.

Der Atomfachmann empfindet es mit Recht als eine Ungerechtigkeit, dass man ihn, der mit fast nichts anderem als Sicherheit und noch einmal mit Sicherheit zu tun hat, nun dauernd verhetzen will, ihn als gekauften Lügner und Menschenverächter brandmarkt, wie es immer wieder vorkommt, wenn einer dieser Männer sein Wissen im Dienste der Aufklärung weitergibt.

Durch diese Art der Konfrontation von Befürwortern und Gegnern ist der falsche Eindruck entstanden, dass die eine Seite die Kerntechnik für gefährlich, die andere Seite diese Technik für harmlos halte. Das ist nicht wahr. Ich kenne niemanden – keinen Vertreter der Elektrizitätswirtschaft und vor allem keinen einzigen Experten –, der diese Technik für harmlos hielte. Noch nie wurde eine neue Technik mit soviel Vorsicht und soviel Sicherheitsmassnahmen behandelt. Alle Katastrophenmodelle – auch jenes von GAU, vom grösstmöglichen Unfall – stammen nicht aus der Küche der Atomkraftwerkgegner; sie stammen aus der Küche der Atomphysiker, also jener, die die Sicherheit der Atomkraftwerke zu kontrollieren haben. Diese unsere Fachleute haben diese Katastrophenmodelle ausgedacht, um die Mittel zu ihrer Verhinderung zu finden. Niemand hat die Atomtechnik verharmlost; alle wissen von der Gefahr. Nur aus diesem Grunde habe ich Vertrauen in diese Technik.

5. Das demokratische Prinzip der Solidarität

Man hat seinerzeit den Bergkantonen und auch den Naturschützern gesagt, die Bereitstellung von Energie durch die Nutzung der Wasserkräfte sei eine nationale Aufgabe. Das stimmt noch immer. *Ich kann keiner Gegend zumuten, auf Elektrizität zu verzichten, weil sie im eigenen Kanton keine solche erzeugen kann. Es gibt hier nur eine nationale Pflicht zur Solidarität; und eine nationale Pflicht, eine nationale Aufgabe kann man nicht an einer St.-Florians-Politik scheitern lassen.* Wir können uns nicht aus der Affäre ziehen, indem wir Strom kaufen, den ausländische Werke produzieren. Es ist nicht sicher, ob sie das für uns tun wollen, was wir selber – weil wir uns als besser empfinden – ablehnen.

Ich weiss, dass die Menschen in den Gebieten, die bereits stark industrialisiert sind, genug Energie haben; sie wollen nicht auch noch Atomkraftwerke, auch wenn sie wegen des Wassers hingestellt werden müssen. Ich verstehe das. Wenn man selber genug Wohlstand hat, Bruttosozialprodukt usw., dann neigt man gerne zur Hoffnung, dass auch andere genug davon haben. Aber diese Rechnung geht bekanntlich nicht auf.

Energie ist nicht etwas, das man in einem Kanton oder in einer Region für sich allein herstellen kann. Der Bund muss garantieren, dass auch jene elektrischen Strom erhalten, die in ihrer Umgebung keinen solchen produzieren können. Ich bin sehr für Föderalismus und für eine möglichst breite Verteilung der Entscheidungen in unserem Staate; wir haben sie auch, diese breite Entscheidungsbefugnis. Unsere Gemeinden und die Kantone sind demokratische Gebilde, in denen der

ou biologique; ce thème englobe désormais les doutes envers notre société, notre politique et aussi envers notre système économique. Les motivations des opposants ne sont pas uniformes; mais tous ceux qui ont un reproche à faire à notre monde se coalisent maintenant dans cette opposition aux centrales nucléaires. Ils ridiculisent tous ceux qui les construisent ou les contrôlent au nom de l'Etat, et en font des têtes de turc.

Le spécialiste nucléaire ressent avec raison comme une injustice le fait que l'on ne cesse de l'attaquer, lui qui ne s'occupe presque de rien d'autre que de la sécurité et encore une fois de la sécurité, qu'on le traite de menteur à la solde d'autrui et l'accuse de mépriser l'humanité, comme il arrive souvent lorsqu'un de ces hommes consacre son savoir au service d'une information claire et explicative.

Il découle de ce genre d'affrontements entre ceux qui sont pour et ceux qui sont contre l'impression fautive qu'une des parties considère la technique nucléaire comme dangereuse, et l'autre comme inoffensive. Cela n'est pas vrai. Je ne connais personne, pas un seul représentant de l'économie électrique et surtout pas un seul expert, qui considère cette technique comme inoffensive. Jamais encore une nouvelle technique n'a été traitée avec autant de prudence et en utilisant autant de mesures de sécurité. Aucun type de catastrophes – même pas le MCA, l'accident maximum crédible – ne sort de la cuisine des opposants aux centrales, mais bien de celle des physiciens, donc de ceux à qui incombe le contrôle de la sécurité des centrales nucléaires. Ce sont ces spécialistes qui ont imaginé ces modèles de catastrophes afin de trouver les moyens de les prévenir. Personne n'a pris à la légère la technique nucléaire, tous en connaissent les dangers. C'est l'unique raison qui m'a donné confiance en cette technique.

5. Le principe démocratique de la solidarité

On a dit en son temps aux cantons de montagne et aux écologistes, que la production d'énergie provenant de l'utilisation des forces hydrauliques était un devoir national. Cela est toujours le cas. *Je ne puis attendre d'aucune région de renoncer à l'électricité si elle ne peut pas en produire dans son canton. C'est un devoir de solidarité nationale; et un devoir, une tâche nationale ne doit pas pouvoir échouer à cause d'une politique égoïste.* Nous ne pouvons pas nous tirer d'affaire en achetant du courant produit par des centrales à l'étranger. Il n'est pas certain que ces pays soient disposés à faire ce que nous-mêmes – parce que nous nous croyons meilleurs – refusons de faire.

Je sais que les habitants des régions déjà fortement industrialisées ont suffisamment d'énergie et ne veulent pas de centrales nucléaires, même si ces dernières doivent y être implantées à cause de l'eau de refroidissement. Je comprends ce point de vue. Quand on est soi-même suffisamment à l'aise, qu'on dispose d'un produit national brut important, etc., on tend à espérer que les autres sont dans le même cas. Mais comme on le sait, ce calcul est faux.

L'énergie n'est pas une chose que l'on peut produire dans un canton ou une région uniquement pour soi. La Confédération doit se porter garante que même ceux qui ne peuvent pas produire du courant électrique dans leur voisinage, en disposent également. Je suis un fédéraliste convaincu et partisan d'une répartition aussi large que possible des décisions dans notre pays; nous l'avons d'ailleurs, ce pouvoir de décision étendu. Nos communes et nos cantons sont des entités démo-

Bürger in vielen Fragen direkt mitwirken kann, und durch die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen wollen wir diesen Beweis noch verstärken. Und weil das so ist, ist an sich der Ruf nach Demokratisierung in einer derart ausgebauten direkten Demokratie wie der unsrigen etwas merkwürdig. Natürlich stecken viele ernsthafte Bemühungen dahinter, die Entscheidungen durchschaubarer zu machen und die gestaltende Mitarbeit des einzelnen Bürgers zu ermöglichen. Aber in vielen Beziehungen geht es offensichtlich gerade um das Gegenteil. Darum nämlich, die demokratische Meinungsbildung zu bremsen und zu verhindern. Eine Demokratie ist «demokratisiert», wenn Minderheiten irgendwelcher Art und Grösse zu entscheiden beginnen, wenn wir vom Prinzip der Mehrheit zum Prinzip der Einstimmigkeit übergehen, also vom Diktat der Mehrheit zum Diktat der Minderheit, das heisst von den Grundsätzen der Landsgemeinde zur Tagsatzung. Diese Demokratisierung in Anführungszeichen ist für die einen ein Bremsmittel – sie denken konservativ und möchten möglichst wenig ändern –, für andere ist diese Art Demokratisierung die Möglichkeit, die demokratischen Institutionen lahmzulegen, indem man sie übersteigert. Ihre Demokratisierung schaltet den einzelnen und Gruppen so endlos in die Entscheidungsvorbereitungen ein, dass gar keine Entscheidungen mehr gefällt werden können. Das erinnert an das berühmte Wort von Songagnez de Reynold, dass jedes politische System schliesslich an der Übertreibung seiner eigenen Grundsätze sich selber zugrunde richte. Diese Demokratisierungswelle, die jetzt als Wort und Begriff in die Initiative Eingang gefunden hat und auch andernorts praktiziert wird, rollt aus Ländern mit rein parlamentarischen Regierungsformen zu uns, wo der Bürger nur alle vier Jahre die Partei wählen kann, von der er regiert werden möchte, und im übrigen von Steuern, die er bezahlen muss, und Sachentscheiden, die ihn betreffen, nur aus der Zeitung oder mit dem Einzahlungsschein etwas erfährt. In dieser staatlichen Organisation kann der Wunsch nach mehr Demokratisierung verstanden werden. Dieser Ruf mag da begreiflich erscheinen. In den letzten Jahrzehnten ist der Staat uns allen näher an die Haut gerückt. Vielen ist er unter die Haut geraten. Unser Wohlstand und der uneingeschränkte Nutzen, den wir daraus ziehen wollen, zwingt den Staat vor allem zu technischen Massnahmen. Er muss Kehrlicht verbrennen, er muss Abwasser reinigen, er muss Verkehrswege bauen, Kraftwerke, Hochspannungsleitungen bewilligen und dann auch noch Waffenplätze, um allfällige Neider abzuhalten. So begegnet uns dieser Staat als Veränderer und damit oft als Störer und Zerstörer. Deshalb steigern wir uns allmählich in ein Unbehagen gegenüber der technischen Ausrüstung unseres Landes, gegenüber der Infrastruktur. Ein Unbehagen, das nicht zu Ende gedacht ist. Zwar will jeder die Infrastruktur aller Art für sich geniessen und ausnützen, aber keiner will sie bei sich haben. *Die Stadtbasler brauchen mehr Elektrizität, als sie herstellen können, aber das Atomkraftwerk, das soll möglichst weit weg bleiben. Die Region Rothenturm möchte schon in der Schweiz leben, aber die Armee soll das Verteidigen anderswo üben.*

Es gibt einige Zeichen dafür, dass die Solidarität in eine Einbahnstrasse gerät. *Niemand will nahe bei Atomkraftwerken, nahe bei Bahnen, bei Hochspannungsleitungen leben. Keine Region will zum Erholungsgebiet werden, wo man nicht mehr bauen darf. Es gibt Gemeinden und Quartiere, die wollen kein Behindertenheim haben, die lehnen es ab, eine Drogenklinik zu*

cratiques, dans lesquelles le citoyen peut contribuer directement à la solution de nombreuses questions. Nous voulons en apporter une preuve encore plus convaincante par la nouvelle répartition des tâches entre la Confédération et les cantons. Et parce qu'il en est ainsi, il semble un peu bizarre que dans une démocratie directe aussi élaborée que la nôtre, on puisse encore en appeler à plus de démocratisation. Naturellement, on s'efforce sérieusement de rendre les décisions plus transparentes et de rendre possible une collaboration créatrice de chaque citoyen. Mais certains recherchent manifestement le contraire, c'est-à-dire freiner et empêcher la formation d'une opinion publique démocratique. Une démocratie est «démocratisée» lorsque des minorités de n'importe quel genre et importance se mettent à décider quand nous devons passer du principe de la majorité à celui de l'unanimité, autrement dit de la dictature de la majorité à celle de la minorité, c'est-à-dire des principes majoritaires de l'assemblée primaire (Landsgemeinde) à ceux de l'unanimité de la Diète. Cette «démocratisation» est pour les uns un dispositif de freinage – ils sont conservateurs et voudraient modifier le moins possible – pour d'autres ce genre de démocratisation est un moyen de paralyser les institutions démocratiques par excès de démocratie. Cette démocratisation insère à ce point l'individu et les groupes dans le processus de préparation des décisions qu'aucune décision ne peut plus être prise. Cela rappelle le fameux mot de Gonzague de Reynold qui disait que chaque système politique se détruit de lui-même par l'exagération de ses propres principes. Cette vague de démocratisation qui se retrouve actuellement dans la lettre et l'esprit de l'initiative et qui est aussi pratiquée ailleurs, nous submerge, venant d'Etats à gouvernements purement parlementaires, dans lesquels le citoyen ne peut que choisir tous les quatre ans le parti par lequel il aimerait être dirigé et où il n'est d'ailleurs renseigné, au sujet des impôts qu'il doit payer et des décisions matérielles qui le concernent, que par les journaux ou par les bulletins de versements. Dans une telle organisation étatique, on peut comprendre le vœu d'une démocratisation plus poussée. Une telle aspiration semblerait alors compréhensible. Durant les dernières décennies, l'Etat s'est approché de nous tous jusqu'à la peau, pour beaucoup même jusqu'entre cuir et chair. Notre prospérité et la jouissance illimitée que nous voulons en tirer, contraint l'Etat à prendre avant tout des mesures d'ordre technique. Il doit brûler des ordures, il doit épurer les eaux résiduelles, construire des voies de communication, autoriser la construction de centrales et de lignes à haute tension, et en plus implanter des places d'armes afin d'apprendre à nous défendre contre d'éventuels envieux. C'est ainsi que l'Etat nous apparaît comme agent de transformations et de ce fait souvent aussi comme gêneur et destructeur. C'est la raison pour laquelle un sentiment de malaise se développe de plus en plus à l'encontre de l'équipement technique de notre pays et de son infrastructure. Un malaise qui n'a pas fait l'objet de réflexions complètes. Certes, chacun de nous veut jouir et tirer profit lui-même des infrastructures en tout genre, mais personne ne veut les avoir dans son voisinage. *Les habitants de la ville de Bâle ont besoin de plus d'électricité qu'ils ne peuvent en produire, mais désirent que la centrale nucléaire nécessaire à ce but soit placée aussi loin que possible de chez eux. La région de Rothenturm est bien d'accord d'appartenir à la Suisse, mais préfère que l'armée aille s'exercer ailleurs.*

Il existe certains signes selon lesquels la solidarité s'engage

beherbergen. Deshalb wird neuerdings im Zeichen auch einer «Demokratisierung» die Regionalabstimmung gefordert für Werke im nationalen Interesse. Eine solche Demokratisierung, das Diktat von Minderheiten, macht dann den Egoismus zur Staatsräson. Dass der Einzelmensch oder die Gruppe oft egoistisch handelt, ist uns längststens bekannt. Aber gerade diesen Zustand will die Demokratie überwinden. Es ist ein mühseliges Unterfangen – ich weiss es, und da macht es sich die Demokratisierung mit der Regionalabstimmung leichter. Wenn einmal jede Minderheit das demokratische Recht erhält, ein national wichtiges Werk aus ihrem Bereich zu verbannen, dann wird der Egoismus zur demokratischen Tugend. Der Egoismus erhält dann den schönen Mantel der demokratischen Institution; er wird legitim und salonfähig. Vielleicht hat auch der Staat Fehler gemacht oder, besser gesagt: wir als Staat und mit dem Staat. Der Staat mit seiner Verwaltung hat jahrelang die verschiedenen Infrastrukturen hingestellt, als wären sie zur Arbeitsbeschaffung nötig, vieles etwas zu gross und von vielen etwas zuviel. Der Staat baute auf Wachstum; er wurde von allen Seiten dazu gedrängt. Der einzelne hat dabei zu spät erfahren, dass Baulärm, Verkehrslärm, Abwassergeruch, Unfalltod Wohlstandspreise sind, dass man das eine ohne das andere nicht haben kann, wenigstens so lange nicht, als der industrialisierte, wirtschaftende Mensch unter Wohlstand vor allem Mechanisierung versteht. Am Anfang waren nur die Vorteile. Nun schliesst die Demokratisierung an den Ursachen vorbei auf die Wirkungen, auf die störenden, äussern Erscheinungen des mechanischen Wohlstandes. Der Kampf gegen den Nachteil ist politisch ergiebiger. Mit dem Aufruf zum persönlichen Verzicht wird einer bei uns nicht einmal zum Mitglied der Friedhof-Kommission gewählt. Der Staat ist natürlich von seiner Natur her wenig geeignet, Verzicht zu beantragen; er predigt nur darüber; er soll ja das Wohl mehren, so steht es in der Verfassung, und wenn wir mehr meinen, meinen wir Zahlen. Der Staat mahnt wohl zur Beschränkung, aber er soll gleichzeitig zusehen, dass keine Beschränkung nötig wird. Unter Vorsorge verstehen wir mehr Vorräte. Vorsorge ist eine sichtbare Menge von Dingen. Kriegsvorsorge bedeutet für uns mehr Kartoffeln im Keller und nicht mehr an geistiger Widerstandskraft. Die Demokratisierungstendenzen kommen nicht aus dem blauen Dunst; sie kommen vielfach von Leuten, die sich Sorgen machen um eine Versorgungsfunktion des Staates, der einseitig auf Menge abzielt. Es gibt nicht wenig Bürger in diesem Land, die auch im Verzicht Vorsorge sehen, und diese Menschen sollte der Staat – das heisst jene, die ihn verwalten, und jene, die ihn regieren und die Gesetze machen – ernst nehmen. Zu diesem Zweck muss dieser Staat versuchen – das ist eine sehr schwierige Sache –, dem Bürger klarer zu zeigen, dass alles seine zwei Seiten, oft auch mehrere, hat. *Es genügt nicht mehr, von dem, was man will, nur noch die Vorteile zu beschreiben. Immer wenn wir über grosse Infrastrukturen entscheiden, tun wir es im Bewusstsein ihrer Vorteile. Und immer wenn diese beschlossenen Infrastrukturen da sind, erleben wir sie nur als Nachteile.* Wir sind in das Stadium gekommen, in dem das aufzufallen beginnt. *Eine der verständlichsten, aber auch heimtückischsten Abwehrreaktionen ist die, mit einer Filigran-Demokratie erreichen zu wollen, dass die Nachteile stets am andern Ort sind, also im ganzen Staat die Zustände herzustellen, die jeder persönlich für sich beansprucht.* Es ist ganz klar, dass es ein unmögliches Unterfangen ist; es führt zur Auflösung dieses Staates. Wenn in diesem

dans une voie à sens unique. *Personne ne veut vivre à proximité de centrales nucléaires, de chemins de fer ou de lignes à haute tension. Aucune région ne veut devenir zone de détente, ce qui impliquerait l'arrêt des constructions. Il existe des communes et des quartiers qui ne veulent pas de homes pour handicapés, qui refusent une clinique pour drogués sur leur territoire. C'est pourquoi on réclame, aussi sous le signe d'une «démocratisation», des votations régionales pour des ouvrages d'intérêt national. Une telle démocratisation, la dictature des minorités, fait alors de l'égoïsme une raison d'Etat.* Il y a longtemps que nous savons que l'individu ou les groupes agissent souvent de façon égoïste. Mais c'est précisément cet état de choses que la démocratie veut surmonter. C'est là une entreprise pénible – je le sais – et la démocratisation se rend la tâche plus facile lorsqu'elle fait recours à des votations régionales. Le jour où chaque minorité recevra le droit démocratique de rejeter une œuvre d'importance nationale hors de son territoire, l'égoïsme sera devenu une vertu démocratique. L'égoïsme se parerait alors du beau manteau d'institution démocratique; il deviendrait légitime et de bon ton. Il est possible que l'Etat aussi ait fait des erreurs, ou plutôt: nous en tant qu'Etat et avec l'Etat. L'Etat et son administration ont depuis des années mis en place les diverses infrastructures comme si elles étaient nécessaires pour créer des postes de travail, cela souvent à une trop grande échelle, et dans de nombreux cas en trop grand nombre. L'Etat construisait pour la croissance; on l'y contraignait de toutes parts. Chaque individu n'a réalisé en général que trop tard que le bruit des chantiers, du trafic, les odeurs des eaux usées et les accidents mortels sont le prix à payer pour notre prospérité; que l'on ne peut avoir l'un sans l'autre, du moins aussi longtemps que l'homme industrialisé gérant ses affaires considérera que prospérité égale en premier lieu mécanisation. Au début, on ne voyait que les avantages. Maintenant la démocratisation, ignorant les causes, critique les résultats, les manifestations extérieures et gênantes de la prospérité mécanisée. Combattre les inconvénients est politiquement plus payant. Qui en appelle à la renonciation individuelle n'est même pas chez nous élu comme membre de la commission du cimetière. L'Etat est évidemment, par nature, mal placé pour exiger des renoncements; il ne peut que prêcher dans ce sens; son devoir, mentionné dans la Constitution, est d'augmenter le bien-être, et si nous disons augmenter, cela se traduit par des chiffres. Bien que l'Etat exhorte aux restrictions, il doit en même temps veiller à ce que des restrictions ne deviennent pas nécessaires. La prévoyance signifie pour nous une augmentation des réserves. La prévoyance est une quantité tangible de produits. Pour nous la prévoyance de guerre représente une plus grande quantité de pommes de terre dans la cave et non pas une plus grande force de résistance morale. Les tendances à la démocratisation ne tombent pas du ciel, elles proviennent souvent de gens qui s'inquiètent de ce que la prévoyance de l'Etat ne recherche unilatéralement qu'à augmenter la quantité. De nombreux citoyens de notre pays considèrent que le renoncement est aussi une forme de prévoyance, et l'Etat, c'est-à-dire ceux qui l'administrent et ceux qui le gouvernent et qui font les lois, devrait prendre ces gens au sérieux. Dans ce but, l'Etat doit tenter – et c'est très difficile – de démontrer de façon plus claire aux citoyens, que toute chose a deux sinon plusieurs faces. *Il ne suffit plus de ne décrire que les avantages de ce que l'on veut. Chaque fois que nous prenons une décision se rapportant à de grandes infrastructures, nous le faisons en pleine cons-*

Staat das Bewusstsein geweckt werden soll, dass Verzicht notwendig sind, dann muss vorher das andere Bewusstsein wach werden, dass nämlich an der Schattenseite unserer Wohlstandsvilla die Störungen sitzen, dass Infrastruktur und Mechanisierung an sich nicht nur freier, sondern eben auch bedrängter machen, das Bewusstsein, dass wir täglich die Nachteile fremder Vorteile dulden wollen, weil wir täglich mit den eigenen Vorteilen eben auch andern Nachteile schaffen.

6. Schlussbemerkungen

Die Atomkraftwerke gehören sicher zu den gewaltigsten Erscheinungen unserer zyklischen Ära. Wir haben sie nicht gewählt – sie haben uns gewählt. Die Alternative «Atom ja oder nein?» stellt sich gar nicht, weil es sie nicht gibt, jedenfalls für unsere Generation nicht. Sicher ist die Auflehnung vieler ernsthafter Mitbürger gegen diese Werke achtbar. Sie ist auch wichtig. Wenn unsere Nachfolger die Atomabhängigkeit sollen überwinden können, dann müssen jetzt die Umdenkprozesse stattfinden.

Es ist wichtig, dass das Volk zu dieser Frage Stellung bezieht. Sie ist existenziell, aber das soll nicht in einer Form geschehen, wo es bloss darum geht, sich die A-Werke wie Schwarze Peter gegenseitig zu unterschieben. Dann schon lieber ehrlicher, wie etwa beim Absinth-Artikel der Bundesverfassung, mit unmissverständlicher Fragestellung, mit Vor- und mit Nachteilen.

Unsere Zukunft kommt, auch wenn wir sie nicht wollen, und je einseitiger wir sie uns vorstellen, desto unangenehmer wird sie uns überraschen. Wir werden sie nicht bewältigen, wenn wir einfach versuchen, morgen das Gegenteil von dem zu machen, was gestern als wichtig erschien. Das verleitet zu Einseitigkeit. Viele suchen das einfache Leben, aber es sollte mit Wasserspülung ausgerüstet sein. So ungefähr sieht eine zerrissene Seele aus, und ich würde glauben, dass wir diesen Geisteszustand überwinden müssen, und das setzt natürlich auch voraus, dass wir uns aussprechen. Aber das Denken, auch in der demokratischen Gesellschaft, kann nicht bei sich selber aufhören. Jedes Denken muss auf das Ganze gerichtet sein. Wir müssen verstehen, dass zur Landesverteidigung auch die soziale Sicherheit gehört. Wir müssen aber auch begreifen lernen, dass Lebensqualität Infrastrukturen voraussetzt, die man nicht nur beanspruchen kann, sondern auch dulden muss.

science de ses avantages. Et chaque fois que les infrastructures ainsi décidées sont réalisées, nous n'en voyons plus que leurs inconvénients. Nous sommes arrivés à un stade où cela commence à se remarquer. Une des réactions défensives les plus compréhensibles, mais aussi des plus sournoises consiste à faire en sorte, au moyen d'une démocratie toujours plus sophistiquée, que les inconvénients soient toujours ailleurs, c'est-à-dire de transposer à l'Etat les aspirations que chacun revendique pour lui-même. Il est tout à fait clair que c'est là une entreprise impossible, qui amène à la dissolution de l'Etat. Si l'on veut éveiller dans cet Etat la conscience qu'il est indispensable de renoncer à certaines choses, il faut tout d'abord se rendre compte que les difficultés résultent de notre prospérité, que l'infrastructure et la mécanisation en soi ne nous apportent pas seulement plus de libertés mais aussi plus de contraintes. Nous devons accepter de supporter les inconvénients découlant des avantages du voisin, parce que journallement, nous portons préjudice à celui-ci par nos propres avantages.

6. Considérations finales

Les centrales nucléaires font certainement partie des phénomènes les plus impressionnants de notre ère cyclopéenne. Nous ne les avons pas choisies, ce sont elles qui nous ont choisis. L'alternative: oui ou non à l'atome, ne se pose même pas, car elle n'existe pas, du moins pas pour notre génération. Nous devons certainement respecter l'opposition sérieuse de nombreux citoyens contre ces centrales. Elle est importante elle aussi. Si un jour nos successeurs doivent pouvoir se libérer de la dépendance du nucléaire, les changements de mentalité doivent avoir lieu maintenant.

Notre avenir se rapproche, même si on ne le désire pas, et plus nous le considérerons avec partialité, plus il nous surprendra désagréablement. Nous ne le dominerons pas si nous tentons simplement de faire demain le contraire de ce qui semblait important hier. Cela conduit à la partialité. Beaucoup recherchent la vie simple, à condition qu'elle soit équipée d'une chasse d'eau. C'est à cela que ressemble une âme déchirée, et je crois que nous devons dominer cet état d'âme, ce qui implique que nous discutons. Mais la pensée, même dans une société démocratique, ne peut pas se limiter à l'individu. Toute pensée doit être orientée vers l'ensemble. Nous devons comprendre que la paix sociale fait aussi partie de la défense nationale. Nous devons aussi apprendre à comprendre que la qualité de la vie implique des infrastructures qu'on ne peut pas seulement exiger, mais que l'on doit également supporter.